

quenzen aus den Pisa-Studien gezogen und investiert damit in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Hochschulsektor, meine Damen und Herren, werden die Zuschüsse zum laufenden Betrieb mit einem Gesamtvolumen von rund 2,8 Milliarden € im Rahmen des Zukunftspaktes fortgeschrieben. Den Hochschulen des Landes wird damit eine verlässliche finanzielle Basis garantiert.

Zur Förderung der Rückkehr von jungen Spitzenwissenschaftlern aus dem Ausland stellt das Land ab 2007 zunächst 1,25 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen einen Haushalt für 2007 vor, der zudem wirtschaftspolitisch effektiv ist. Existenzgründer sowie kleine und mittlere Betriebe stehen im Zentrum unserer Aktivitäten. Die Meistergründungsprämie wird auf der Höhe von 2006 mit 6,1 Millionen € fortgeführt. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die NRW-Bank tatkräftig bei der Entwicklung neuer, kapitalmarktgestützter Finanzierungshilfen für den Mittelstand. Für Garantien, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen im Interesse mittelständischer Unternehmen steht im Haushalt 2007 ein Deckungsrahmen von 200 Millionen € zur Verfügung. Zudem wird das Finanzministerium ermächtigt, Haftungsfreistellungen bis zu einer Gesamthöhe von 200 Millionen € zu übernehmen. Damit soll insbesondere die Kreditvergabe an Existenzgründer belebt werden.

Im Bereich der sozialen Infrastruktur möchte ich einige Punkte im Kontext der Krankenhausfinanzierung ansprechen. Das Gesundheitswesen insgesamt und die Krankenhauslandschaft im Besonderen stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Auf diese müssen wir uns rechtzeitig einstellen.

Wir haben deshalb die Einzel- und Pauschalförderung von Krankenhäusern von Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen. Zusätzlich hat die Landesregierung das Sofortprogramm „Krankenhausportal NRW“ aufgelegt. In diesem Programm stehen 40 Millionen € zur Verfügung. Damit stärkt das Land die Wirtschaftlichkeit und die Zukunftsfähigkeit der Krankenhauslandschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen auch in Zukunft investieren können. Dafür brauchen wir gesunde Finanzen, und dies nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für alle Länder; schließlich sind wir über den Länderfinanzausgleich eng miteinander verbunden. Gesunde Finanzen sind der entscheidende Beitrag zu Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres

Landes und aller Länder. Darum brauchen wir gemeinsame Schritte aller Bundesländer, um solide Landeshaushalte zu sichern.

Fast alle Bundesländer machen derzeit ihre Erfahrungen mit Haushaltsproblemen, bis hin zur Haushaltsnotlage. Ich bin der Ansicht, dass wir daraus insgesamt Schlüsse ziehen müssen. Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir diese Schlüsse gezogen haben. Deshalb kann ich darüber auch freier reden als die Mitglieder der vorangegangenen Regierung.

Wir brauchen ein Frühwarnsystem zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen, damit die Finanzprobleme einzelner Länder nicht zum Problem aller Länder werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen vor allem Kriterien erarbeiten. Wir müssen definieren, welche Verschuldungen in Zukunft noch zulässig sind. Außerdem brauchen wir ein Instrumentarium zur strikten Durchsetzung dieser Kriterien. Es geht um Anreize für sparsames Wirtschaften, aber auch um Sanktionen bei Verstößen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir unternehmen heute und in dieser Legislaturperiode das Notwendige, weil unser Land neue Chancen verdient hat. Es ist ein schwieriger Weg, es ist aber ein richtiger Weg. Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsentwurf 2007 an ihrem Kurs festgehalten. Sie wird sich von ihm auch in den nächsten Jahren nicht abbringen lassen. Wir konsolidieren, wir modernisieren und wir investieren. Damit kommt Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Ich danke Herrn Finanzminister für die Einbringung der Gesetzentwürfe zum Haushalt. – Zur **Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes** erteile ich Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Finanzmittel, die für die Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände im Jahr 2007 bereitgestellt werden sollen.

Die Landesregierung lässt sich bei der Erfüllung des Verfassungsgebotes, im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten, weiterhin von dem Grundgedanken leiten, dass

die Bemessung der Finanzausweisung an die Kommunen eine gleichmäßige Finanzentwicklung beider Haushaltsebenen, also des Landes und seiner Kommunen, ermöglichen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr 2007 wird trotz der sich zurzeit erfreulich entwickelnden Konjunktur und Steuereinnahmen weiterhin unter finanzwirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen stehen. Das gilt sowohl für den Landeshaushalt als auch für die kommunalen Haushalte. Herr Kollege Dr. Linssen hat detailliert dargestellt, mit welchen Belastungen der Landeshaushalt in diesem Jahr, aber auch in den kommenden Jahren fertig werden muss. Vergleichbaren Belastungen sind die Haushalte vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt, und zwar ungeachtet der Meldungen über sprudelnde Steuereinnahmen.

In der Tat ist auf der Einnahmeseite eine gewisse Entlastung eingetreten. Ich gehe davon aus, dass der massive Einbruch der Steuereinnahmen in den Jahren 2001 bis 2004 überwunden ist. Die Strukturprobleme bei der Finanzierung der Kommunen sind damit aber keineswegs behoben. Viele Kommunen in NRW sind trotz der verbesserten Einnahmeentwicklung nicht in der Lage, die laufenden Konsumausgaben zu decken.

(Martin Börschel [SPD]: Das Land kürzt ja auch ständig!)

Die Fehlbeträge aus den vergangenen Jahren belaufen sich inzwischen auf rund 12 Milliarden € und steigen weiter an. Sie bilden eine schwere Hypothek für die Zukunft.

Ein Spiegelbild der hohen Fehlbeträge stellen die Kassenkredite dar, die immer neue Höchststände erreichen. Ihr Volumen betrug am 31. März dieses Jahres rund 11,7 Milliarden €, es hat sich innerhalb von fünf Jahren mehr als vervierfacht.

Aktuell sind 197 Gemeinden verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept, kurz: HSK, aufzustellen. 117 davon gelingt es nicht, ein genehmigtes HSK aufzustellen. Sie leben im sogenannten Nothaushaltsrecht.

Ich will es mit Blick auf den Ihnen vorliegenden Kommunalfinanzbericht bei diesen Daten zur Beschreibung der kommunalen Finanzlage belassen. Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Lage der Kommunalfinanzen nach wie vor sehr angespannt ist.

Die Landesregierung hat im Bewusstsein über diese angespannte Finanzlage der Kommunen und des Landes den Abwägungsprozess nach

Art. 79 der Landesverfassung sorgfältig durchgeführt.

(Ralf Jäger [SPD]: Ja, klar!)

Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen einen fairen und guten Finanzausgleich für das Jahr 2007 vorlegt.

(Ralf Jäger [SPD]: Sehr fair! – Weiterer Zuruf von der SPD: Glauben Sie das eigentlich selbst?)

Der Gesetzentwurf entspricht, mit einer Ausnahme, in seiner Struktur dem GFG 2006. Aber schon in diesem Jahr profitieren die Kommunen von der Umstellung des Referenzzeitraumes. Nunmehr dient ein zurückliegender Zeitraum als Referenzperiode. Wir sind bei der Ermittlung des Steuerverbundes nicht mehr auf Steuerschätzungen angewiesen. Vielmehr werden die Kommunen nach Verabschiedung dieses Gesetzes auf Euro und Cent genau wissen, welche Mittel ihnen im Jahr 2007 zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Damit ist Schluss mit den Unsicherheiten der Vergangenheit, Schluss mit Abrechnungen und Schluss mit Kreditierungen, wie Sie das in der Vergangenheit getan haben, als ein hoch verschuldeter Schuldner Bankier gespielt hat. Das werden wir in Zukunft nicht mehr machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das bedeutet für das Jahr 2007, dass der Verbundbetrag für das Haushaltsjahr 2007 nach dem Istaufkommen der relevanten Verbundsteuern im Zeitraum vom 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006 ermittelt wird. Die Verbundgrundlagen bis 31. März 2006 standen schon fest. Bei den Verbundgrundlagen für den Zeitraum April bis September 2006 handelt es sich um vorläufige Werte auf Basis der Steuerschätzungen vom Mai 2006. Sobald die endgültigen Daten vorliegen, werden sie durch eine Ergänzungsvorlage in den Gesetzentwurf eingearbeitet.

Im Steuerverbund 2007 steht nach den Ihnen vorliegenden vorläufigen Daten für die vorgenannte Referenzperiode eine originäre Verbundmasse in Höhe von 6,6 Milliarden € zur Verfügung. Im Vergleich mit dem Steuerverbund 2006 sind das zunächst 51 Millionen € weniger.

Da im Steuerverbund 2007 jedoch keine Kreditierungen aus früheren Steuerverbänden mehr zu verrechnen sind und gleichzeitig ein positiver Abrechnungsbetrag aus dem Steuerverbund 2007 in

Höhe von 10,5 Millionen € hinzuzurechnen ist, ergibt sich insgesamt eine bereinigte Verbundmasse von 6,4 Milliarden €. Das sind 10,6 % oder rund 620 Millionen € mehr als im Jahr 2006.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie auch einmal etwas zu den Belastungen!)

Auf der Grundlage dieser Daten erhalten die Kommunen nun umgehend die erste Proberechnung des GFG 2007, die ihnen die erforderlichen Daten für eine detaillierte Planung ihrer Haushalte 2007 liefert.

Sobald die endgültigen Daten über die exakte tatsächliche Höhe der Verbundsteuern im Referenzzeitraum vorliegen, werde ich den Kommunen eine zweite Proberechnung zur Verfügung stellen, die dann vorbehaltlich der Entscheidung des Parlaments die endgültigen Zahlen enthalten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat es ja schon gesagt. Nun kennen wir ja inzwischen die tatsächliche Entwicklung des relevanten Steueraufkommens von April bis Juli.

Wenn sich die Isteinnahmen der Verbundsteuern auch im August und September weiter so positiv entwickeln, wie das in den zurückliegenden Monaten der Fall war, können wir im Steuerverbund 2007 mit weiteren Mehreinnahmen von über 200 Millionen € rechnen. Das bedeutet, den Kommunen werden im Steuerverbund 2007 über 820 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Ich glaube, das ist eine sehr gute Nachricht.

Nach dem alten System hätten die Kommunen dieses Mehraufkommen erst in zwei Jahren im Rahmen der Abrechnung erhalten. Nach dem neuen System fließen diese Mittel sofort in den Steuerverbund 2007. Eine Abrechnung ist gar nicht mehr erforderlich. Das ist ein wichtiger Gewinn an Planungssicherheit und Zuverlässigkeit für die kommunale Familie, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sehen die Kommunalpolitiker aber anders!)

Es ist auch 2007 möglich, die Kommunen mit 23 % am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern, also der verfassungsrechtlich obligatorisch in den Steuerverbund einzubeziehenden Steuern, zu beteiligen.

Angesichts der dramatischen Haushaltslage des Landes war es für die Landesregierung im Rahmen der Abwägung nach Art. 79 der Landesverfassung allerdings unvermeidbar, dass die Kommunen auch einen Beitrag zur Konsolidierung des

Landeshaushalts leisten. Aus diesem Grund wird die bisher fakultative, also freiwillige Beteiligung der Kommunen an den vier Siebteln des Aufkommens der Grunderwerbsteuer mit dem vorliegenden Gesetzentwurf aufgegeben.

Die Gründe und Fakten hat Herr Kollege Dr. Linssen in seiner Einbringungsrede zum Haushalt 2007 heute dargelegt. Wir sind der Auffassung, dass dieser kommunale Solidarbeitrag in Höhe von 161,8 Millionen € in Anbetracht der finanziellen Rahmenbedingungen vertretbar ist, nicht zuletzt mit Blick auf das Plus bei der Verbundmasse von 820 Millionen €.

Meine Damen und Herren, der verteilbare Verbundbetrag wird wie bisher auf Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Sonderpauschalen und Bedarfszuweisungen aufgeteilt. Nach den vorläufigen Daten dürfen die Kommunen 2007 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 5,5 Milliarden € rechnen. Das heißt, der Anteil der freien Verfügbarkeit und damit sozusagen auch ein Beitrag zur kommunalen Selbstverwaltung liegt bei rund 85,4 %. Das kann sich wahrlich sehen lassen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist aber ein sehr maßvoller Applaus!)

Meine Damen und Herren, für die konjunkturell bedeutsamen Investitionspauschalen stehen im Steuerverbund 2007 insgesamt rund 408 Millionen € und damit 86,8 Millionen € beziehungsweise 27 % mehr als 2006 zur Verfügung.

Die Sonderpauschalen bleiben unverändert: die Schulpauschale, dotiert mit 460 Millionen €, und die Sportpauschale beträgt weiterhin 50 Millionen €. Damit löst die Landesregierung die Zusage ein, dass diese beiden Sonderpauschalen bis zum Ende der Legislaturperiode gleichbleibend gehalten werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie auch schon einmal anders gesehen!)

Für die Bedarfszuweisungen sind im Steuerverbund 2007 insgesamt 21,4 Millionen € vorgesehen. Das sind gut 2 Millionen € mehr als im Steuerverbund 2006.

Meine Damen und Herren, insgesamt bleibt es bei dem klaren Kurs, den die Landesregierung bereits mit dem GFG 2006 eingeschlagen hat:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei den Belastungen!)

Vorrang für Schlüsselzuweisungen, Steigerung der Investitionspauschalen, Konstanz und Ver-

lässlichkeit bei den Sonderpauschalen für Schule und Sport.

Wie angekündigt legt die Landesregierung in diesem Jahr kein Solidarbeitragsgesetz 2007 vor. Im GFG 2007 finden Sie daher letztmalig eine Übergangsregelung zur Abwicklung der Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten im Haushaltsjahr 2005. Die endgültigen Ausgleichsbeträge nach dem Solidarbeitragsgesetz für 2005 werden nach den Istergebnissen festgesetzt und verrechnet.

Ich spreche diesen Punkt deswegen an, weil inzwischen 20 Gemeinden vor dem Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen eine Verfassungsbeschwerde gegen die entsprechenden Regelungen im GFG 2006 erhoben haben. Die Landesregierung geht davon aus, dass es sich bei der jetzigen Regelung, wie sie auch in anderen Bundesländern üblich ist, um eine verfassungskonforme Ausgestaltung handelt. Ungeachtet dessen werden wir das Gesamtpaket „kommunaler Finanzausgleich“ einer gutachterlichen Prüfung unterziehen.

Abschließend stelle ich fest, dass die Landesregierung mit dem Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 ihrer Verantwortung gegenüber der kommunalen Familie gerecht geworden ist.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das ist nur Ihre Definition!)

Sie hat im Bewusstsein der angespannten Finanzlage der Kommunen und unter Berücksichtigung der extremen Haushaltslage des Landes mit diesem Gesetzentwurf für das GFG 2007 einen fairen und gerechten Interessenausgleich vorgenommen.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Definieren Sie einmal gerecht! – Ralf Jäger [SPD]: Schweine können fliegen?)

Letztendlich müssen alle erkennen, dass es zu dem Konsolidierungskurs bei den Landesfinanzen keine echte Alternative gibt. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP – Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Meine Damen und Herren, Sie haben die Einbringungsreden gehört.

(Fortgesetzter Beifall von der FDP)

– So, jetzt beruhigen sich die Kollegen der FDP auch wieder; gut.

(Zurufe von der FDP)

Nach einer Vereinbarung des Ältestenrats schließt sich unmittelbar die Beratung an.

Ich eröffne die **Beratung über das Haushaltsgesetz** und erteile für die SPD-Fraktion ihrer Vorsitzenden, Frau Kraft, das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Finanzminister Dr. Linssen! Ich komme mir langsam vor wie der Hauptdarsteller in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zum dritten Mal legen Sie einen verfassungswidrigen Haushalt vor, zum dritten Mal verschleiern Sie gezielt die wahren Steuereinnahmen, zum dritten Mal senken Sie die Investitionen, und zum dritten Mal setzen Sie keineswegs klare politische Prioritäten. Im Gegenteil! Dieser Haushalt geht auf Kosten der Kommunen. Das Land entlastet sich, die Kommunen sollen zahlen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmelzter [SPD]: Das hat Herr Wolf gerade versucht darzulegen!)

Ist das Ihr Verständnis von sozialer Politik? In diesem Jahr sind es die Kinder und die Familien, die Sie zur Kasse bitten, und im nächsten Jahr werden es die Kommunen sein. Und die werden wiederum die Familien und die Kinder belasten. So setzen Sie diese Ihre Politik konsequent fort. Denn wo sollen die Kommunen denn das ausgleichen, was Sie ihnen wegekürzen? Die Kürzungen gehen doch zulasten der freiwilligen Leistungen, zulasten der Leistungen für Kinder und Familien vor Ort in den Kommunen, Herr Finanzminister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Interessant fand ich, wer bei Ihrer Rede wann wo geklatscht hat und wer nicht geklatscht hat.

(Svenja Schulze [SPD]: Ja, hochinteressant!)

Das zu betrachten war politisch hochinteressant.

Herr Ministerpräsident, Ihre eigenen Leute wehren sich doch gegen diese Politik. Ich habe mit großem Interesse gelesen, dass Sie bei Ihrer Klausurtagung auf dem Petersberg darüber diskutiert haben. Ich konnte lesen: „Das Land saniert sich auf Kosten der Kommunen.“ So werden CDU-Abgeordnete zitiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)